



„C’était un choc pour les collègues“ – Wie ein französischer Hochschullehrer unter Spionageverdacht geriet

Ein angesehener Mathematiker an einer technischen Hochschule in Bordeaux steht im Verdacht, vertrauliche Informationen an China weitergegeben zu haben. Die französische Justiz ermittelt wegen mutmaßlicher Spionage – ein Fall, der exemplarisch zeigt, wie sensibel der Austausch mit ausländischen Partnern im Bereich der Hochtechnologie geworden ist.

Bereits am frühen Morgen des 11. Februar 2025 durchsuchen verummte Beamte der französischen Gegenspionage das Büro eines Professors an der Universität Bordeaux. Es ist ein spektakulärer Einsatz: 14 maskierte Polizisten betreten das Gebäude, Kollegen glauben zunächst an einen Terroranschlag. Tatsächlich aber richtet sich die Aktion gegen einen ihrer Kollegen – einen Mathematiker mit Spezialisierung auf ingenieurwissenschaftliche Anwendungen.

Der Mann, ein erfahrener Hochschullehrer kurz vor der Pensionierung, wird wenige Tage später unter dem Verdacht formell beschuldigt, mit einer ausländischen Macht zusammengearbeitet zu haben. Der Vorwurf lautet auf „intelligence avec une puissance étrangère“ – ein schwerwiegender Tatbestand im französischen Strafrecht.

Sicherheitszonen und sensible Forschung

Ausgangspunkt der Ermittlungen ist ein Vorfall im universitären Alltag, der im Nachhinein politische Brisanz gewinnt. Der Professor soll im Rahmen eines akademischen Austauschs eine Delegation chinesischer Wissenschaftler in einen Bereich seines Instituts geführt haben, der offiziell als sicherheitsrelevant eingestuft ist. Der Zugang zu diesen Bereichen ist reguliert, insbesondere für ausländische Besucher. Hintergrund ist die strategische Bedeutung der dort betriebenen Forschung – unter anderem im Bereich der Wehrtechnik.

Die französischen Behörden stuften das Verhalten des Professors nicht als bloßen Verstoß gegen Besuchsprotokolle ein. Vielmehr wurde ein umfassender Spionageverdacht formuliert: Hatte der Professor auch im Rahmen seiner China-Reisen Informationen weitergegeben, die für die Volksrepublik von strategischem Interesse sein könnten?

Forschung im Spannungsfeld geopolitischer Interessen

Frankreichs Sicherheitsbehörden beobachten seit Jahren mit Sorge, wie gezielt China Kontakte zu westlichen Forschungseinrichtungen aufbaut – insbesondere in den MINT-Fächern und in Disziplinen mit möglichem militärischem oder dualem Verwendungszweck. In vielen Ländern, darunter auch Deutschland, wurden Programme zur „wissenschaftlichen Schutzbewertung“ eingeführt, die genau solche Risiken adressieren sollen.



„C’était un choc pour les collègues“ – Wie ein französischer Hochschullehrer unter Spionageverdacht geriet

Auch im vorliegenden Fall spielte offenbar eine längerfristige Beobachtung eine Rolle. Der beschuldigte Professor reiste regelmäßig nach China, hielt Vorträge, organisierte Kooperationen. In einem anderen Kontext wäre dies als Ausdruck internationaler wissenschaftlicher Vernetzung gewürdigt worden. Im gegenwärtigen geopolitischen Klima aber fällt es unter ein Raster sicherheitsbehördlicher Risikoanalyse.

Verteidigung und Gegenposition

Der Anwalt des Professors weist die Vorwürfe als „völlig unplausibel“ zurück. Es handle sich um Missverständnisse im Umgang mit universitären Protokollen. Sein Mandant habe in keiner Weise wissentlich gegen Sicherheitsvorgaben verstoßen, geschweige denn vertrauliche Informationen weitergegeben. Die Verteidigung betont die Integrität und wissenschaftliche Reputation des Angeklagten.

Gleichwohl ist der Professor inzwischen vom Dienst suspendiert, sein Zugang zu Forschungseinrichtungen gesperrt. Die Justiz ließ ihn zwar auf freien Fuß, verhängte jedoch strenge Auflagen im Rahmen der laufenden Ermittlungen.

Wissenschaft unter Generalverdacht?

Der Fall wirft grundsätzliche Fragen auf: Wie viel Offenheit verträgt die Forschung in Zeiten globaler Rivalitäten? Welche Verantwortung tragen Wissenschaftler, wenn ihre Arbeit sicherheitsrelevante Aspekte berührt? Und wie definiert sich der wissenschaftliche Austausch mit autoritären Staaten, deren Forschungspolitik eng mit staatlichen Interessen verzahnt ist?

In Frankreich wie in anderen westlichen Ländern wächst der Druck auf Hochschulen, Sicherheitsfragen stärker in ihre internationale Zusammenarbeit zu integrieren. Die Balance zwischen wissenschaftlicher Freiheit und nationaler Sicherheit wird zunehmend zur Gratwanderung. Der Fall des Professors aus Bordeaux dürfte damit kaum ein Einzelfall bleiben – sondern Teil eines größeren Umbruchs im Verhältnis von Wissenschaft, Staat und geopolitischer Realität sein.

Autor: Andreas M. Brucker